

Wochenblatt

Wilsdruff, Tharandt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Neununddreißigster Jahrgang.

Nr. 23.

Freitag, den 21. März

1879.

Bekanntmachung,

Dienstag, den 25. März 1879,

Vormittags 9 Uhr,

findet im hiesigen Verhandlungs-Saale öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses statt.
Die Tagesordnung ist aus dem Anschläge in hiesiger Hausflur zu ersehen.
Meißen, am 17. März 1879.

Königliche Amtshauptmannschaft.
von Rosse.

Auf Folium 20 des Handelsregisters für hiesige Stadt ist heute eingetragen worden, daß die Firma **J. H. Uhlemann** auf Herrn **Adolf Heinrich Uhlemann** allhier übergegangen ist und künftig „**Heinrich Uhlemann**“ firmirt.

Königliches Gerichtsamt Wilsdruff, am 18. März 1879.

Dr. Gangloff.

Auf Folium 15 des hiesigen Handelsregisters ist am untergesetzten Tage verlaublich worden, daß in Folge Anzeige vom 13. März 1879 an Stelle des ausscheidenden **Johann August Gottlieb Schumann** in Naustadt **Hermann Schönhals** in Sora als Stellvertreter des Directors des **ländlichen Spar- und Vorschussvereins für Köhrsdorf und Umgegend** erwählt worden ist.

Königl. Gerichtsamt Wilsdruff, am 18. März 1879.

Dr. Gangloff.

Tagesgeschichte.

Die Vorbereitungen für des Kaisers Geburtsfest, welches, obwohl alljährlich wiederkehrend, gerade in diesem Jahre mit ganz besonderer Theilnahme gefeiert werden wird, sind schon in allen Kreisen der Nation in Angriff genommen worden und unserem greisen Heldenkaiser dürften Ovationen ohne Gleichen bevorstehen. In ganz außerordentlich gewöhnlicher Weise werden auch in diesem Jahre die deutschen Fürsten persönlich an der Geburtstagsfeier theilnehmen und nennt man bereits den König und die Königin von Sachsen, den Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz, den Großherzog und die Großherzogin von Sachsen-Weimar, den Herzog von Meiningen, den Herzog und die Herzogin von Anhalt und andere nichtregierende Häusern angehörende Fürstliche Personen, welche noch vor dem 22. März zur Geburtstagsfeier des Kaisers in Berlin eintreffen werden.

Dem Vernehmen nach — so schreibt man der „Allg. Ztg.“ aus Berlin vom 13. — hat sich der Kaiser als Chef der Kriegsmarine nicht nur gegen die Vorlegung der Akten der Untersuchung über den Untergang des „Großen Kurfürst“ an den Reichstag, sondern selbst gegen die Veröffentlichung des kriegsgerichtlichen Spruches ausgesprochen. Zur Motivierung wird darauf hingewiesen, daß z. B. im letzten Kriege von einzelnen Führern taktische Fehler begangen worden seien, welche viel schwerere Verluste herbeigeführt haben, als der Untergang des „Großen Kurfürst“, daß es aber damals Niemand eingefallen sei, eine Veröffentlichung über die Vorgänge und deren Folgen für die theilhaftigen Generale zu verlangen.

Berlin, 17. März. Im Reichstag kam heute die Darstellung der Regierung über die Verhängung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes von Berlin zur Berathung. Abg. Liebknecht greift die ganze Maßregel als unberechtigt an, das Sozialistengesetz fordere für solche Maßnahmen den Nachweis des besonderen Bedürfnisses und ein solcher könne nicht geführt werden. Die Sozialdemokratie habe sich dem Sozialistengesetz geügt, weil die Partei keine Revolutionspartei, sondern eine Reformpartei sei, eine geheime strafbare Propaganda könne der Partei nicht vorgeworfen werden. Redner verzichtet namens seiner Partei darauf, Anträge zu stellen und will schließlich sich noch darüber rechtfertigen, daß er und seine Freunde bei Ausbringung eines Lebehochs auf den Kaiser sich nicht erhoben hätten. Präsident v. Forckenbeck unterbricht den Redner und bemerkt, dies Verhalten der Sozialdemokraten verleihe das monarchistische Bewußtsein des Reichstags aufs Aeußerste. (Beifall.) Liebknecht will konstatieren, daß er keine Beleidigung beabsichtigt, wenn, bemerkt er, in Deutschland die Republic .. (Lärm, Ruf: Herunter.) Der Präsident droht, dem Redner das Wort zu entziehen. Minister Graf zu Eulenberg führt aus, die gesetzliche Grundlage für das Vorgehen der Regierung giebt dem Sozialistengesetz eine thatsächliche Grundlage. Es gab große Gefahr für Berlin als Herd der sozialdemokratischen Agitation, die an vielen Orten zurückgetreten ist, an anderen ganz aufgehört hat. Die ganze Gesetzgebung vom vorigen Herbst sollte abwehrend wirken, wir konnten nicht warten, bis die Resultate der geheimen Versammlungen und die Resultate der geheimen Agitation hervortraten. Wenn wir dies hätten abwarten wollen, dann hätten wir das Sozialistengesetz entbehren können. Wir haben keinen Grund für unser Vorgehen aufgestellt, der nicht auf Thatsachen basiert. Ich erinnere an das Eindringen der Sozialdemokraten in Versammlungen, an den Händstöß, den die sozialdemokratischen Blätter und Flugblätter herbeibrachten und den wir beseitigen mußten. Der Minister verliest Auszüge aus dem mit rothen Lettern gedruckten Moskischen Blatte „Die Freiheit“ und fragt: Wo stehen diese Ausführungen im Einklang mit der Unterordnung unter das Gesetz und

dem Friedenswert einer Reformpartei? Urtheilen Sie selbst! Endlich wird man nicht bestreiten können, daß hier geheime Sammlungen für sozialistische Zwecke stattfanden. Habe ich nothwendig, auf die Gefahren der internationalen Wählerereien der Sozialisten, auf ihre Kongresse, auf ihre gegenseitigen Unterstützungen hinzuweisen? Will man leugnen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich solchen Verbindungen entziehe? Dies konnte und mußte die Regierung zum Nachdenken und zum Handeln bringen. Auch gegen Hasselmann mußte man vorgehen, um seinen agitatorischen Plänen entgegenzutreten. Diese sind die thatsächlichen Gründe für unser Vorgehen. Dazu kommt noch die Attentat- und Mordepidemie, mit Drohbrieffen vorzugehen gegen Personen, an deren Leben Jedem Alles liegen muß und zum Glück bei der Mehrheit der Nation auch liegt. Nachforschungen haben doch auf merkwürdige Spuren geführt, auf Verfertigung von Mordinstrumenten in Berlin, wie in Ostpreußen. Vorsichtsmaßregeln mußten getroffen werden für das, was namentlich hier geschützt werden mußte, und was in Berlin zu schützen ist, brauche ich nicht näher zu sagen, das liegt im Kopfe und im Herzen eines jeden braven Deutschen. (Beifall.)

Ein gewissenhafter Deutscher, der an den öffentlichen Dingen ersten Antheil nimmt, hat jetzt eine schwere Zeit. Er muß Dinge und Fragen studiren, die das Wohl unzähliger Einzelner und ganz Deutschlands berühren und über die er sich ein Urtheil bilden muß, weil sie in Kurzem im Reichstag entschieden werden: die großen Fragen der Industrie, der Landwirthschaft und des öffentlichen Verkehrs und ob und wie ihnen durch Zölle aller Art und neue Verträge zu helfen ist. Der Kopf summt von Schutz- und Finanz-, von Einfuhr- und Ausfuhr-Zöllen, von Zöllen auf Getreide, Eisen, Wolle und Gespinnte, von Tarifen und Differentiartarifen u. s. w. u. s. w. Was der Eine lobt und für nöthig hält, tadelt der Andere und verwirft es, die verschiedenen Zweige der Industrie liegen selber im Streite und die Industrie und der Handel wieder mit der Landwirthschaft. Alles ruft: es muß anders werden! aber wie es anders und vor allem besser werden soll, ist noch nicht gefunden. Bismarck hofft, das Columbus-Ei gefunden zu haben, aber es steht noch nicht auf dem Kopf und die größten Autoritäten in diesen Dingen stehen wider einander. Und dennoch muß eine Einigung und zwar bald gefunden werden. Augenblicklich bewegt sich der Streit am lautesten um die Einführung von Kornzöllen zu Gunsten der Landwirthschaft, aber auch da steht Meinung gegen Meinung; man wünscht der Landwirthschaft zu helfen und möchte doch nicht die wichtigsten Lebensbedürfnisse für Alle und für die Landwirthe selbst vertheuern. Ob eine solche allgemeine Vertheuerung zugleich oder in Folge von mäßigen Getreidezöllen eintreten muß, das ist die Hauptstreitfrage. Hören wir einmal eine Stimme vom Rhein.

Die Befürchtung, daß durch die in Aussicht genommenen Getreidezölle eine Vertheuerung der wesentlichen Lebensbedürfnisse eintreten werde, nimmt das allgemeine Interesse in solchem Maße in Anspruch, daß die Beleuchtung dieser Frage nach allen Richtungen hin erforderlich erscheint, und hierbei muß auf einen Punkt hingewiesen werden, der von den meisten Leuten völlig außer Acht gelassen wird. — Es ist durchaus irrig, Getreidepreise und Brodpreise für gleich zu halten und wenn auch beide zu einander nahe und natürliche Beziehungen haben, so werden doch einige der Praxis entnommene Zahlen zeigen, daß die Wechselwirkung zwischen beiden eine sehr eigenenthümliche ist, die dem Käufer des Brodes nicht in dem Maße, wie dem Käufer des Getreides zu Gute kommt. Gewiß hat Jeder schon einmal in seinem Leben den Gedanken gehabt, wie wenig man in billigen Jahren, nach guten Ernten, an den Dreipfennig-Brodchen eine